

grüner pfeffer

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt



Grün hat Konjunktur – auch an der Fasnacht.
Laterne der Kerzedreepfli zum Sujet Urban Gardening.
Foto Martin Stohler

Inhalt

«Die Schweiz»: Identität und Wandel	2
Ecopop – eine untaugliche Initiative	3
Interview mit Barbara Buser	4–5
Grüne Transformation	6
JA zum Tram	7
Nationale Abstimmungen vom 18. Mai	8
jgb – Gripen-Abstimmung	9
Aus dem Rathaus: Bodeninitiative	10
Grüne Riehen	11
Infomarkt und Varia	12

Ecopop und CH-Identität
Interview mit Barbara Buser
Abstimmungen 18. Mai 2014

«Die Schweiz»: Identität und Wandel



An der Demo für eine solidarische und offene Schweiz vom 1. März in Bern beteiligten sich auch viele grüne «Schweizer». Foto Martin Stohler.

Seit Längerem arbeitet Christoph Blochers SVP daran, zentrale Begriffe und Werte umzuprägen. Wir Grüne sollten uns dessen bewusst sein und in die entsprechenden Debatten eingreifen.

Inhaltliche Konkordanz und Kollegialitätsprinzip des Bundesrats

Impressum

grüner pfeffer –
Informationsbulletin der
Grünen Partei Basel Stadt

Herausgeberin:

Grüne Partei Basel-Stadt,
Güterstrasse 83, Postfach 1442,
4001 Basel,
061/383 98 33,
sekretariat@gruene-bs.ch,
www.gruene-bs.ch
PC 40-19338-4

Auflage:

ca. 1000 Stk., erscheint 4-mal jährlich

Abo:

Fr. 25.- (für Mitglieder im
Jahresbeitrag inbegriffen)

Redaktion:

Philippe Bovet (bov), Harald Friedl
(hafr), Martin Stohler (sto)

Druck: Rumzeis, Basel

grüner pfeffer Nr. 02 |
April 2014

münzt die SVP in «arithmetische Konkordanz» um. Als Kern der Demokratie gilt für Blocher und Brunner plebiszitärer Applaus statt demokratischer Willensbildungsprozess. Nachdenken über eine europäische Zukunft der Schweiz denunzieren sie als Landesverrat. Zentral bei dieser Umwertung der Werte – ob ausgesprochen oder nicht – ist der Begriff des «Schweizers». Eine Schlüsselrolle kommt ihm deshalb zu, weil manche Mitbürgerinnen und Mitbürger in einer Zeit, in der sich vieles im Umbruch befindet und nicht mehr ist wie früher, nach einem festen Halt suchen. Mit ihrem «Schweizersein» dürfen sie sich zugehörig fühlen zu etwas, das scheinbar anders ist, als das, durch das sie sich in Frage gestellt fühlen.

Die SVP bietet ihnen ein entsprechendes Identifikationsangebot: Die Schweiz ist urchig, ein grosses «Buurezmorge», keine Brüssler Bürokratie, und das Bürgerrecht ist eine Gnade, die man ändern gewähren kann oder nicht. Schweizer sind keine «kriminellen Ausländer», keine «Sozialschmarotzer» und keine «Scheininvaliden». Schweizer bauen auch keine Minarette, sondern Kirchtürme. Echte Schweizer sind nicht «nett und links». Und: Schweizer sind vor allem Deutschschweizer; beim Rütli Schwur waren ja auch keine Welschen dabei.

Die meisten dieser Vorstellungen haben die SVP-Strategen nicht erfunden, sondern vorgefunden. Sie nutzen aber jede Gelegenheit, um sie zu bündeln und in den Köpfen von uns Schweizerinnen und Schweizern zu verankern.

Gegensteuer bieten

Für uns Grüne heisst das: Wir müssen zum einen die Umbrüche, zu denen es – unter anderem im Gefolge der Globalisierung – in unserem Land gekommen ist und noch kommen wird, verstehen und ernst nehmen. Zum andern dürfen wir die (Neu-)Definition des Begriffs Schweiz und der von ihm abgeleiteten Vorstellungen nicht der SVP und den Nationalisten überlassen. Dabei gilt es zu unterstreichen, dass die moderne Schweiz nicht auf das Rütli und das Jahr 1291 zurückgeht, sondern auf die Bundesverfassung von 1848 und die folgenden Verfassungsrevisionen. In deren Verlauf wurde auch die direkte Demokratie durchgesetzt und der Sozialstaat.

Die moderne Schweiz ist keine Blut-und-Boden-Nation; sie ist weder sprachlich noch konfessionell ein homogenes Gebilde. Sie ist das gemeinsame Projekt ihrer Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichem Hintergrund. Ein Projekt, das nicht ein für alle Mal in Stein gemeisselt ist, sondern im Laufe der Zeit unter dem Druck politischer Auseinandersetzungen neue Konturen gewonnen hat.

Die Blocher-SVP arbeitet seit Langem daran, diesem Projekt ihren Stempel aufzudrücken. Wir Grünen tun gut daran, sie nicht einfach machen zu lassen, sondern uns einzumischen. Dies wird uns umso leichter fallen, je deutlicher neben den ökologischen und sozialen auch die demokratischen und republikanischen Umrisse des grünen Projekts werden.



Martin Stohler
Vorstand Grüne
Basel-Stadt,
Redaktion Grüner
Pfeffer

Ecopop – eine untaugliche, Verwirrung stiftende Initiative

Die Ecopop-Initiative ist zurzeit häufig in den Medien, weil sie im Parlament behandelt wird. Möglicherweise kommt sie noch in diesem Jahr zur Abstimmung. Eine Gruppe der Grünen BS hat allerdings schon letztes Jahr angefangen, sich damit auseinanderzusetzen.

Aufgeschreckt durch Meldungen, dass die Tessiner Grünen die SVP-Einwanderungsinitiative befürworteten, fanden wir es wichtig, uns rechtzeitig mit der Ecopop-Initiative zu befassen. Denn die Ecopop-wirft wie die Masseneinwanderungs-Initiative Fragen auf, die für die Grünen zentral sind: Fragen der Belastbarkeit der Erde, des Wachstums, des Masses. Die Initiativen geben keine bzw. falsche Antworten auf die Fragen, dennoch scheint es uns wichtig, sie innerhalb der Grünen und mit einem breiteren Umfeld zu diskutieren.

An einem gutbesuchten Diskussionsabend im Februar unter dem Titel «Wo hört die Schweiz auf?» versuchten wir, die wichtigen Themen zu identifizieren. Die Ecopop-Initiative erklärt, es bestehe ein Zusammenhang von Ökologie und Bevölkerungszahl und deshalb sei eine restriktive Zuwanderungspolitik eines Landes wie der Schweiz ökologisch. Dazu verlangt sie auch noch, Propaganda für die Familienplanung zu einem wichtigen Teil der Entwicklungshilfe zu machen. Zur zweiten Forderung, die auf einer überholten und wirkungslosen Sicht von Entwicklungshilfe beruht, stellte ein Teilnehmer die moralische Frage: «Wie kann ein Land,

das überdurchschnittlich reich ist und überdurchschnittlich viele Ressourcen verbraucht, die ökologischen Probleme durch Propagierung der Geburtenkontrolle bei andern lösen wollen?»

Mehr zu reden gab die Einwanderungsfrage. Als zentral wurden Aspekte der Raumplanung und des Verkehrs betrachtet: Wie kann der Ressourcen- und Landverbrauch reduziert werden? Fragen der Verdichtung müssen auch bei den Grünen diskutiert werden, auch bei uns stossen konkrete Verdichtungsprojekte schnell einmal auf Kritik. Verfehlte Raumplanung wurde als Treibstoff für die falsche Antwort der Ecopop-Initiative identifiziert. Raumplanung hat auch zu tun mit dem plötzlich politisch entdeckten Dichtestress, der ja vor allem im Verkehrs-bereich empfunden wird, also eine Folge der Mobilität ist, deren weitere Zunahme kein zukunftstaugliches Modell ist.

Als wichtig erachtet wurden auch Fragen der Identität: Weniger Angst vor Fremden durch bewussteren Umgang mit der Schweizer Identität. Die Schweizer Identität soll deutlich und klar als Identität der Vielfalt propagiert werden. Energiefragen und Probleme des Sozialstaats wurden als weniger bedeutend für die Diskussion um die Ecopop-Initiative beurteilt. Bei



Mitglieder der Grünen Partei diskutierten einen Abend lang zur Ecopop-Initiative. Fotos Oliver Thommen.

der Energie zeigt sich klar, was für die ganze Problematik gilt: Entscheidend ist der Pro-Kopf-Verbrauch, die Energiewende kann man nicht über Zuwanderungsbegrenzung schaffen. Beim Sozialstaat sind negative Auswirkungen der Zuwanderung ebenso wenig entscheidend. Und die Schweiz ist keine Insel: Kommt es drauf an, ob Menschen innerhalb oder jenseits der Grenzen ihren ökologischen Fussabdruck hinterlassen?

Was als offene Diskussion angelegt war, endete mit einem klaren Ergebnis: Die Ecopop-Initiative stiess auf keinerlei Sympathien. Die Vox-Analyse der Abstimmung vom letzten Februar hat jetzt auch gezeigt, dass nur eine kleine Minderheit der grünen WählerInnen Ja gesagt hat zur SVP-Initiative (noch weniger als bei der SP). Wir dürfen also zuversichtlich sein, dass das bei der Ecopop-Initiative auch so sein wird. Das genügt allerdings nicht. Es braucht diesmal ein klares Volks-Nein. Es ist wichtig, dass die Grünen diese untaugliche und mit dem Etikett «Ökologie» Verwirrung stiftende Initiative bekämpfen. Wir müssen uns deutlich vernehmen lassen und aufzeigen, dass sie weder ökologisch noch menschlich akzeptabel ist.



Auswertung der Resultate der Diskussionen: Die Ecopop-Initiative stiess auf keinerlei Sympathien bei den Anwesenden.



Werner Baumann
Grüne Basel-Stadt

Stadtplanung in Basel: Interview mit Barbara Buser

Barbara Buser, geboren 1954 in Basel, ist diplomierte Architektin ETH und zählt zu den engagiertesten schweizerischen ArchitektInnen im Bereich der Nachhaltigkeit. Sie wohnt und arbeitet in Basel und ist auch in Berlin tätig. Wir führen mit ihr ein Interview zu der Baupolitik in Basel-Stadt.

An welchen Projekten arbeiten Sie im Moment und wo sind heute für Sie die spannendsten Projekte, was Umwelt-, Energie- und sozial Aspekte angeht?

Meine Projekte sind alle spannend (lacht). Was mich immer interessiert, ist die Frage «wie kriegt man nachhaltige Lösungen hin?» Es ist wirklich das, was mich bewegt. Ich arbeite mit meinen Partnern und rund 40 Mitarbeitenden an verschiedenen Projekten wie Gundeldinger Feld, Markthalle, Hanro in Liestal, Lagerplatz in Winterthur, sowie vielen Zwischennutzungen mit dem Verein «unterdessen», usw. Dazu kommen die Betreuung von Studenten, Texte für Zeitschriften und Diskussionen mit Medien. Wir arbeiten auch in Berlin und haben dort mitgeholfen, am Spreefeld drei Wohnhäuser für etwa 70 Genossenschaftler zu bauen.

Verglichen mit anderen Städten ist Basel nicht DAS nachhaltige Modell. Es ist keine echte Velostadt, es wird viel abgerissen, das 2000-Watt-Gesellschaftsprinzip wird nur bei Bedarf propagiert, die öffentliche Hand wagt wenige Vorzeigeprojekte. Können Sie in Basel gute Arbeit leisten?

Vor allem mit den Stiftungen, die es in Basel gibt, wie der Edith Maryon Stiftung, der Christoph Merian Stiftung und der Stiftung Abendrot kann man gute Projekte realisieren, das heisst, wenn man etwas selber machen will, ist der Rahmen günstig. Man schafft das, was mit der öffentlichen Hand nicht möglich ist.

Die öffentliche Hand ist also kein Motor.

Ja, sie ist kein Motor, das kann



Barbara Buser bei einer ihren vielen Präsentationen. Foto Harald Friedl.

man sagen. Sie behindert aber auch nicht.

In Basel wird auch viel abgerissen. Nun ist z.B. das Hilton Hotel dran und es gibt kaum Diskussionen darum, ob es Sinn macht, ein 40-jähriges Gebäude vollständig abzureissen.

Die graue Energie ist ein komplexes Thema. Es ist schwierig, sie zu berechnen und damit zu beweisen, dass es sich lohnt, etwas zu behalten. Meistens sind andere Kriterien ausschlaggebend: Der beste Schutz für alte Bausubstanz ist gegeben, wenn man neu nicht mehr die gleiche Fläche bauen dürfte. Wenn man ein Stockwerk mehr bauen darf, ist eine Aufstockung gleich teuer wie ein Neubau. Wenn man jedoch 2 Stockwerke höher bauen kann, lohnt sich ein Neubau. Da kann dann nur noch der Denkmalschutz helfen! Es ist auch nicht immer einfach, alte Gebäude zu isolieren und sie auf moderne Standards zu bringen. Aber ich bin immer dafür, gut zu prüfen, ob man alte Gebäude nicht weiter nutzen oder umnutzen kann. Wir haben mehrfach bewiesen, dass es sich lohnt, dies zu tun. Im Gundeldinger Feld, Unternehmen Mitte, Hotel Krafft usw. konnten wir zeigen, dass es auch günstiger ist, die bestehenden Strukturen zu erhalten. Aber

für den Erhalt solcher Strukturen muss der politische Wille vorhanden sein. Wo kein Wille ist, gibt es auch keinen Weg. Man ist viel zu oft in neue Projekte verliebt, und es wird alles unternommen, um zu beweisen, dass sich die neuen Ideen lohnen. An der Elsässerstrasse wurden Häuser aus der Gründerzeit abgerissen, mit der Begründung, dass man sie nicht mehr sanieren könne. Wenn das so wäre, müsste man halb Basel abreißen, denn das war eine sehr gute Bausubstanz, die man wohl hätte renovieren können. Ich bin davon überzeugt, dass wir viel mehr weiter verwenden könnten, als behauptet wird.

Ist für Sie die Zusammenarbeit mit dem Baudepartement schwierig?

Nicht wirklich, weil wir nie einen Auftrag für die Stadt gemacht haben. Wir haben es nicht gesucht. Wir haben uns einmal für eine Sanierung beworben und waren dann zu teuer. Ich weiss nicht, wie die anderen das machen. Das Honorar ist das eine und die Baukosten sind das andere. Wenn man die Struktur der alten Gebäude geschickt weiterverwendet, ist das Honorar vielleicht höher, dafür sind die Baukosten tiefer. Viele Beamte des Baudepartementes unterstützen uns bei

unseren unkonventionellen Projekten und helfen, Lösungen zu suchen, um diese mit den vielen Gesetzen in Übereinstimmung zu bringen.

Haben Sie ein Beispiel für eine teure Sanierung, die ein falsches Resultat erbrachte?

Die Markthalle hat man für Millionen umgebaut und sie war nicht brauchbar. Sie wurde hochspezifisch mit Sprinkleranlagen und Notausgängen als Einkaufszentrum ausgerüstet. Die ganze Patina und die Spuren des Gebrauchs wurden weg «gestrichen». Dafür ist es nun erlaubt, Veranstaltungen mit 3100 Leute zu machen, aber man kann nicht mal das Licht an- und ausmachen ohne Computerprogramm. Es ist sehr schwierig damit was Gescheites zu machen. Es wurde nicht bedienerfreundlich und sehr monofunktional gedacht.

Es gibt gute Beispiele für Ökoquartiere in Deutschland, beispielsweise in Freiburg und Tübingen. Aber diese scheinen in Basel keine Schule zu machen, wie kommt das?

Es ist bei den Fachleuten einigermaßen bekannt. Basel ist eine kleine Hochburg von Architekten, die keine Einschränkungen durch Energiesparmassnahmen vorgeschrieben bekommen wollen. Die Regierung oder der Stadtbaumeister machen dabei mit. Es gibt eine gewisse Hoffnung, dass mit dem kommenden Wechsel ein anderer Wind wehen wird. Bei den Vorgaben darf es aber nicht stur werden, sonst gibt es keine Chancen für Innovationen.

Apropos Ökoquartiere: Das Rheinhattaprojekt hatte einen schwierigen Start und läuft nicht unter der Vorgabe der 2000-Watt-Gesellschaft, eigenartig, oder?

Schon die Erlenmatt war schwierig. Dort wurden gerade mal für 10% der Fläche die 2000-Watt-Gesellschaft-Kriterien verlangt, und diese 10% sind noch nicht gebaut! (vgl. Beitrag in Heft Nr. 01/2013). Und bei Rheinhattan ist es auch

ein Problem, dass die Stadt dies nicht fordert. Der Anzug von Beat Jans weist auf das schwedische Ökoviertel Hammarsby in Stockholm hin. Dort hat es geklappt, gerade weil die öffentliche Hand ihre Rolle ausgespielt hat.

Das Projekt kam auf die Welt mit einer Visualisierung, auf der Hochhäuser, eine neue Insel, eine breite Brücke nach Frankreich zu sehen sind... Ist das nicht eine Vision aus einer anderen Zeit?

Ja. Ein solch klassisches Planungsverfahren kann nicht nachhaltig sein. Wenn man die Leute nicht einbezieht, die Betroffenen, die Nachbarn und andere Interessenten, dann gibt es keine reelle Diskussion. Dass man den Architekten die Verantwortung für die Grundstücke einfach überlässt, geht auch nicht. Ein Architekt hat bei einem Wettbewerb den Inselvorschlag gemacht. Aber das wird so teuer, dass man für die Finanzierung dann nur noch hochpreisige

Wohnungen hinstellen kann. Da ist die Gentrifizierung vorprogrammiert. Das Bild der Hochhäuser auf der Insel muss zuerst zerstört werden. Die Öffentlichkeit hat dazu keine Diskussion geführt. Man muss es wagen, die Betroffenen einzubeziehen und nicht nur eine ohnmächtige Begleitgruppe einmal pro Monat mit Informationen zu bedienen. In der Erlenmatt-Begleitgruppe drehte sich die Diskussionen schlussendlich um zusätzliche WC-Anlagen im öffentlichen Park... Ohne die Inselbeschaffung gäbe es mehr Bauland, man könnte eine Blockrandbebauung hinstellen, weniger dicht und günstiger bauen.

Der Text wurde von Barbara Buser gelesen.



Die Fragen stellte
Philippe Bovet
freier Journalist,
Vorstand
Grüne Basel-Stadt

Barbara Buser gründete 1995 den Verein Bauteilbörse. Später kam das «baubüro mitte» für die Umnutzung der ehemaligen Volksbank zum Unternehmen Mitte dazu. Sie ist Mitbegründerin und Mitinhaberin des Gundeldinger Felds. Barbara Buser führt 3 Firmen (Kantensprung AG, In Situ AG und denkstatt sàrl) und arbeitet auch in Berlin.

- Die **Kantensprung AG** ist verantwortlich für die Umgestaltung der ehemaligen Maschinenfabrik Sulzer Burckhardt im Gundeldinger Quartier zu einem selbsttragenden lebendigen Quartierzentrum.
- Die **denkstatt sàrl** sieht sich als Think-Tank für Projektentwicklungen im urbanen und ländlichen Kontext.
- das **baubüro in situ** ist spezialisiert auf Umnutzungen, Energiesanierungen, temporäre Bauten, Renovationen, Um- und Anbauten sowie spezielle Neubauten.

Inspiration in Berlin:

Berlin ist immer wieder ein sehr interessantes Terrain für alternative Architekten. Nun ist es vor allem an der Spree spannend: Zwischen den Stadtteilen Kreuzberg (ehemaliger BRD und amerikanischer Sektor) und Friedrichshain (damals DDR und sowjetischer Sektor der DDR-Hauptstadt), etwas entfernt vom aktuellen Zentrum liegen viele Branchen durch die die BRD-DDR-Grenze verlief. Man findet interessante alternative Projekte und zugleich übliche und unpersonliche Bauten.

5 Thesen für eine grüne Transformation

Was ist das Ziel einer grünen Transformation, wo besteht der grösste Handlungsbedarf und wie sehen Lösungen aus? Grüne aus der Schweiz, Österreich und Deutschland gingen diesen Fragen bei einer gemeinsamen Tagung am 14./15. Februar 2014 in Bayern nach. Auch viele Basler Grüne waren dabei. Einige Beiträge der Konferenz findet man unter www.buenviverde.eu. Hier die von Bastien Girod vorgestellten Thesen.



Grosse Beteiligung aus Basel; Delegation der Schweizer Grünen v.l.n.r.: Anina Ineichen, Oliver Thommen, Philippe Bovet (alle BS), Stephan Grossenbacher (BL), Bastien Girod, Pascal Renaud (GPS). Foto Pascal Renaud.

These 1: Glücksmaximierung ist präziser als Nachhaltigkeit.

Die oft verwendete Nachhaltigkeitsdefinition gemäss Brundtland-Bericht (1987) sagt, dass die Befriedigung unserer Bedürfnisse hier und jetzt nicht auf Kosten der Bedürfnisse von morgen und anderswo gehen darf. Doch wie gehen wir mit sich konkurrierenden Bedürfnissen um, zum Beispiel Konsum versus Natur und Landschaft? Das Prinzip des Glücks der grössten Zahl ist hier präziser, weil jene Bedürfnisse berücksichtigt werden, welche für das Wohlbefinden wichtig sind. Die Glücksforschung zeigt, dass Konsumwachstum in industrialisierten Ländern wenig zum Wohlbefinden einer Gesellschaft beiträgt. Wichtiger werden Einflussfaktoren wie Arbeit, soziales Umfeld, Selbst- und Mitbestimmung, Stabilität, Gesundheit, Ideale, Natur und Fairness.

These 2: Das grösste Potential für eine positive Glücksbilanz liegt im ökologischen Wandel und der globalen Gerechtigkeit.

Während industrialisierte Länder mit mehr materiellem Wohlstand nicht glücklicher werden, leben viele Menschen noch in bitterer Armut und könnten mit einer Erhöhung des materiellen Wohlstandes ihre Lebensqualität stark erhöhen. Für künftige Generationen stellt die Übernutzung des Planeten und deren ökologische Folgen die grösste Bedrohung für das Wohlbefinden dar. Eine grüne Transformation muss deshalb einen ökologischen Umbau der Wirtschaft sowie die Verbesserung der globalen Gerechtigkeit angehen.

These 3: Es braucht eine Stabilisierung des Konsums und eine Erhöhung des sozialen und ökologischen Ausgleichs.

Während wir uns an eine Zunahme des Konsums rasch gewöhnen, ist ein Verlust eines einmal erworbenen Wohlstandes oft viel schmerzlicher. Auch eine wirtschaftliche Krise, welche zu Arbeitsplatzunsicherheit führt, würde hier und heute das Wohlbefinden deutlich reduzieren. Der Umbau muss deshalb über eine kontinuierliche Finanzierung des öko-sozialen Umbaus über den Produktionsfortschritt erfolgen.

These 4: Grosses Potential für grünen Konsum, deshalb braucht es «Nudge».

Dass es ohne Rückgang des Konsumniveaus möglich wäre, in den Bereichen Ernährung, Gebäude, Transport, Güter und Dienstleistungen durch die Wahl radikal umweltfreundlicherer Produkte die notwendige Entlastung der Umwelt zu erreichen, habe ich kürzlich in einem wissenschaftlichen Artikel zur Klimaverträglichkeit des Konsums aufgezeigt (<http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0959378014000077>). Diese Veränderung des Konsums kann nicht erzwungen werden. Vielmehr ist das Instrument des liberalen Paternalismus «Nudge» zu verwenden (<http://www.nzz.ch/meinung/debatte/nudge--besserentscheiden-1.18131642>). Dabei geht es darum, die Entscheidungsstruktur so zu ändern, dass

die Menschen nicht zum Kauf von Produkten verleitet werden, welche eigentlich ihren Überzeugungen widersprechen. So sollte beispielsweise die StandardEinstellung immer eine umweltfreundliche und sozialverträgliche Variante des Konsums beinhalten.

These 5: Radikale Umwelttechnologien brauchen staatliche Unterstützung.

Neben der Veränderung des Konsums braucht es auch die Förderung von radikalen Technologien. Die Vergangenheit zeigt, dass solche Technologien ohne staatliche Unterstützung den Weg in den Markt kaum schaffen. So wäre Solarstrom ohne politische Förderung heute mindestens fünfmal teurer. Auch die heutigen fossilen und nuklearen Energietechnologien sind nur dank staatlicher Unterstützung marktfähig geworden. Es braucht deshalb weiterhin Anschubfinanzierungen für radikal umweltfreundliche Technologien.

Diese Überlegungen zu einer glücklichen grünen Transformation fliessen auch in die Volksinitiativen der Grünen Schweiz für eine Grüne Wirtschaft und für faire, ökologisch nachhaltige und gesunde Lebensmittel ein.



Bastien Girod
Vizepräsident Grüne Schweiz,
Nationalrat ZH

Kantonale Abstimmungen vom 18. Mai: JA zum Tram

Am 18. Mai 2014 stimmen wir über die «Verkehrsdrehscheibe Badischer Bahnhof – Tram Erlenmatt und Vorplatz Badischer Bahnhof» ab. Dabei geht es einerseits um eine neu zu bauende Tramverbindung vom Badischen Bahnhof zur Erlenmatt und dem Musicaltheater und andererseits um die Aufwertung und Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes. Die Tramlinie verläuft in der Schwarzwaldallee über dem bestehenden Autobahntunnel.

Zuerst ein paar Zahlen zum Vergleich, was mit den projektierten 68 Mio. Franken für den Ausbau «Verkehrsdrehscheibe Badischer Bahnhof – Tram Erlenmatt und Vorplatz Badischer Bahnhof» geplant ist.

Für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs sind 27,2 Mio Fran-

ken budgetiert. Die notwendigen Arbeiten für den Strassenbau (17,8 Mio.) und den Schwarzwaldtunnel (14,7 Mio) verschlingen mehr als die Tramverbindung. Zudem sind noch 4,3 Mio Franken für das Entwicklungskonzept Badischer Bahnhof berechnet. Es ist daher nicht sinnvoll, die Gesamtkosten nur dem öffentlichen Verkehr zuzuschlagen.

1. Tramnetz nicht gefährden!

Das Projekt ist ein Baustein des geplanten Tramnetzes 2020. Dieses entlastet die Innerstadt und führt zu kürzeren Fahrzeiten. Das Erlenmatt-Tram ist gleichzeitig die erste Etappe des künftigen Trams über die Johanniterbrücke, welches die Universität, Spitäler und wichtige Firmen mit den Basler Bahnhöfen verbinden wird. Ohne das Tram müsste die Buslinie 30 auf einen 3-Minuten-Takt verdichtet werden, was unnötige Kosten

und Emissionen verursacht.

2. Wirtschaftsstandort Basel fördern: Ohne Erlenmatt- kein Roche-Tram

Ein ausgebautes Schienennetz ist im 21. Jahrhundert ein sehr wichtiger Standortfaktor für unsere Wirtschaftsregion. Andere Schweizer Städte haben das erkannt und bauen ihre Tramnetze stark aus. Geht diese Abstimmung verloren, ist der weitere Ausbau bis 2020 gefährdet.

3. Die Chance auf Bundessubventionen nicht verpassen

Der Bund hat den hohen Nutzen der neuen Linie anerkannt. Das Projekt wird durch den Bund im Agglomerationsprogramm gefördert. Bei einem «Nein» gehen 12 Mio. Franken Bundesbeiträge unwiederbringlich verloren. Und nicht nur das: Wir würden uns die Chancen auf weitere Subventionen verbauen.

4. Der Badische Bahnhof muss als Umsteigeort aufgewertet werden

Am Badischen Bahnhof werden sich mehrere Tramlinien treffen. Zwischen ihnen und auch zur Bahn muss das Umsteigen erleichtert werden. Zudem wird mit den neuen Tramlinien das Kleinbasel aufgewertet und die Wohnlichkeit erhöht.

5. Vom neuen Vorplatz Badischer Bahnhof profitieren auch Fussgänger- und Veloverkehr

Durch die Gesamtkonzeption des Tramprojekts profitiert auch der Langsamverkehr mit Velostreifen in der Schwarzwaldallee, gesicherten Linksabbiegemöglichkeiten, und es gibt mehr Sicherheit für Fussgänger.

Das Basler Tramnetz braucht diesen Ausbausritt, und die Grünen haben einstimmig an ihrer Mitgliederversammlung vom 14. Januar «Ja zum Tram» gesagt.



Mit dem Projekt «Verkehrsdrehscheibe Badischer Bahnhof – Tram Erlenmatt und Vorplatz Badischer Bahnhof» schliessen wir die Lücken Erlenmatt und Badischer Bahnhof im Tramnetz 2020.

Grafik von der Pro-Website www.ja-zum-tram.ch



Michael Wüthrich
Grossrat Grüne
Basel-Stadt,
Präsident UVEK

Nationale Abstimmungen vom 18. Mai 2014

Ja zum Mindestlohn

Wie viel Geld muss man verdienen, um in der Schweiz gut leben zu können? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Abstimmung vom 18. Mai, wo wir über einen Mindestlohn in der Schweiz abstimmen. Die Initiative wurde von gewerkschaftlicher Seite lanciert. Die Grünen haben diese Volksinitiative seit der Unterschriften-sammlung aktiv mitgetragen.

Die Initiative «für den Schutz fairer Löhne» (Mindestlohninitiative) verlangt, dass Bund und Kantone nach der Annahme der Initiative sicherstellen, dass der Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde in allen Branchen eingehalten wird. Dies entspricht – bei einem 100-Prozent-Pensum mit 42 Wochenstunden – einem monatlichen Einkommen von 4000 Franken.

Argumente für ein Ja

Jede und jeder sollte bei voller Arbeitstätigkeit vom eigenen Lohn

leben können. Dies ist heute in der wohlhabenden Schweiz nicht immer der Fall. Rund 10 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz Vollpensum weniger als 4000 Franken im Monat. Dies reicht bei vielen Familien aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten nicht, um über die Runden zu kommen. Durch die tiefen Löhne werden unsere Sozialwerke und somit die Finanzen des Staates belastet. Sozialhilfe, Wohnungs- und Krankenkassensubventionen sind versteckte Lohnzuschüsse, die notwendig sind, weil manche Unternehmen zu tiefe Löhne zahlen. Von den Einkommen unter 4000 Franken sind vor allem die Frauen betroffen. Eine Annahme der Initiative würde also vor allem bei Frauenlöhnen zu der lange geforderten Aufwertung und Angleichung der Löhne führen.

Realistische Massnahmen

Tieflohne sind insbesondere in den Sektoren Landwirtschaft, Hotellerie,

Verkauf und Gastronomie zu finden, auf die wir nicht verzichten können. Die durch die Gegner der Initiative angedrohte Standortverlagerung der Unternehmen würde sich bei Annahme der Initiative kaum oder nur in Einzelfällen bewahrheiten. Die Mindestlohn-Initiative schlägt realistische flankierende Massnahmen vor, um das Lohndumping zu verhindern. Vor kurzem hat das Stimmvolk in den Kantonen Jura und Neuenburg ähnliche kantonale Regelungen zugestimmt, die akzeptable Mindestlöhne verlangen.

Die Grünen Schweiz haben an der Delegiertenversammlung vom 29. März mit grossem Mehr die Ja-Parole zur Mindestlohninitiative gefasst.



Harald Friedl
Vizepräsident Grüne
Basel-Stadt

Nein zur «Pädophileninitiative»

Die vom Verein «Marche Blanche» lancierte Volksinitiative verlangt, dass Pädophile endgültig und abschliessend keine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder abhängigen Personen mehr ausüben dürfen. Das Parlament unterstützt den vom Bundesrat erarbeiteten indirekten Gegenvorschlag in Form einer Revision des Strafgesetzes. Die Revision tritt Anfang 2015 in Kraft, wenn die Pädophileninitiative nicht angenommen wird. Am 18. Mai 2014 stimmen wir nur über die Volksinitiative ab.

Pädokriminalität muss besser bekämpft werden. Die Initiative ist jedoch ein ungeeignetes Mittel um dies zu erreichen. Mit dem indirekten Gegenvorschlag können Richter und Richterinnen nicht nur ein Berufsverbot aussprechen, sondern auch den Kontakt zwi-

schen Täter und Opfer verbieten. Diese Massnahmen schützen die Kinder besser als ein generelles Berufsverbot, da die Sexualstraftäter und -täterinnen oft aus dem engsten Familienkreis kommen. Anders als die Initiative ahndet das revidierte Strafgesetz neben physischer auch psychische Gewalt. Zudem schützt der indirekte Gegenvorschlag nicht nur Kinder und Minderjährige, sondern auch Opfer von häuslicher Gewalt. Weiter können auch Opfer von Menschenhandel von den Schutzmassnahmen des indirekten Gegenvorschlags profitieren. Damit sind zentrale Punkte der Volksinitiative aufgenommen und auf gesetzlicher Ebene verankert. Die unverhältnismässige Initiative ist deswegen nicht mehr nötig.

Nein zu Pauschalstrafen

Die Initiative fordert das definitive und abschliessende Verbot der

Ausübung von bestimmten beruflichen Tätigkeiten, unabhängig von davon, wie schwerwiegend das Vergehen war. Dies ist oft nicht verhältnismässig. Der Gegenvorschlag ermöglicht es, dass Richter diese Fälle individuell beurteilen können. Die von der Initiative geforderte automatische Sanktion widerspricht dem Prinzip der Verhältnismässigkeit, einem Grundprinzip des Schweizer Rechtssystems, da schwerwiegende und einfachere Fälle vor Gericht gleich behandelt werden. Die Initiative widerspricht damit auch dem internationalen Recht und würde in der Umsetzung zu Schwierigkeiten führen. Die Ausschaffungsinitiative lässt grüssen. Um Kinder und Jugendliche zu schützen, braucht es eine bessere Sensibilisierung und Präventionsmassnahmen sowie ein konkretes Massnahmenpaket, wie es im direkten Gegenvorschlag enthalten ist. (haf/r).

Abstimmung über einen Papierflieger

Die Jungen Grünen waren tragende Kraft im Referendumskomitee gegen die Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen, worüber wir am 18. Mai 2014 abstimmen.

Bürgerliche Paranoia

Die Befürworter argumentieren mit der Sicherheit, der Glaubwürdigkeit der Armee und der Landesverteidigung, kurz mit dem Slogan: «Wir brauchen den Gripen!» – Doch stimmt das wirklich? Ist es anstelle der Schweiz nicht vielmehr die Rüstungsindustrie, die den Gripen «braucht»? Die Arbeit der Rüstungslobby scheint im Parlament jedenfalls gewirkt zu haben, denn die Befürworter haben offenbar vergessen, dass wir von Freunden umzingelt sind. Die Schweiz besitzt eine Flotte von 32 kürzlich aufgerüsteten F/A-18-Jets, welche die Sicherheit des Luftraums gewährleisten. Zudem könnte die Schweiz auf Grundlage einer realistischen Gefahrenanalyse Kooperationen in der Luftraumsicherung mit umliegenden Ländern prüfen.



Fehlinvestition und Umweltbelastung

Die Beschaffung ist daher purer Luxus, denn zum Kaufpreis von über 3 Milliarden für die 22 Flieger kommen während deren Lebensphase für Instandhaltung, Weiterentwicklung, Nachrüstung weitere Milliarden hinzu. Dabei handelt es sich um eine unsichere Investition, weil der Gripen erst auf dem Papier besteht, der Vertrag über 10 Jahre läuft und sich die Schweiz damit in Abhängigkeit der schwedischen Firma Saab begibt. Anlass zu Kritik gibt auch das Evaluationsverfahren des VBS: Selbst Befürworter von neuen Kampffjets lehnen den Gripen ab, da es überzeugendere Alternativen gäbe. Anstatt dieses Geld für diese unnötige Aufrüstung auszugeben, sollte sich die Schweiz dringenderen Problemen zuwenden, wie der Energiewende, den Folgen des Klimawandels oder in die Sicherheit vor Internetangriffen investieren. Hinzu kommt, dass sich durch den Kauf nicht nur Steuergelder in der Luft auflösen, sondern auch der massive CO₂-Ausstoss der Kampffjets.

Für das junge grüne bündnis nordwest ist daher klar, dass es den Gripen nicht braucht, da er weder sicherheitspolitisch notwendig noch finanzpolitisch zu verantworten ist.

Weitere Informationen und Argumente auf: <http://stop-gripen.ch> und www.jungegruene.ch

Neue Gesichter beim jgb nordwest



An der Jahres-Mitgliederversammlung im Januar 2014 wurden Vorstand und Präsidium neu gewählt. Der Vorstand setzt sich aktuelle zusammen aus (auf dem Foto von links) Bálint Csontos (bisher), Lukas Joppen (neu), Anna Ott (neu), Laura Schwab (bisher), Eva Strub (bisher), Sophie Bischoff (bisher), Victor Bättig (neu), Meret Rehmann (bisher), Oliver Brüderli (bisher) und Reja Wyss (neu, nicht auf dem Bild). Das Co-Präsidium wird seit Februar 2014 von Eva Strub (bisher) und Victor Bättig (neu) geführt. Laura Schwab sei an dieser Stelle herzlich für ihr Engagement im Präsidium gedankt.

Aus dem Rathaus

Wieso Boden behalten? Stichentscheid Präsident Cramer: «Diskussion wird nicht weitergeführt, Abbruch der Sitzung»

Ein Abstimmungskrimi hat sich im Dezember 2013 im Grossen Rat abgespielt: Die Initiative «Boden behalten – Basel gestalten! (Bodeninitiative)» wurde mit Filibustertaktik, mit einem Stichentscheid des Präsidenten und mit höchster Abstimmungsdisziplin vermeintlich gebodigt.

Ziel der äusserst knappen bürgerlichen Mehrheit war, die «Bodeninitiative» ohne Gegenvorschlag zur Volksabstimmung zu bringen – mit der Hoffnung, dass sie dort abgelehnt würde. Der Gegenvorschlag der Regierung war von der links-grünen Seite befürwortet worden. Der Grosse Rat ist aber mit 46:47 nicht darauf eingetreten.

Warum es die Neue Bodeninitiative braucht.

Im Jahr 2012 wurde die erste Bodeninitiative rechtsgültig eingereicht. Danach, im Jahr 2013 wurden mit dem Raumplanungsgesetz und dem kantonalen Wohnraumfördergesetz ein Teil der Anliegen der ersten Bodeninitiative erfüllt. Nicht aber ihr Kernanliegen, nämlich dass der Kanton sein Land nicht mehr verkaufen soll. Der Regierungsrat hatte einen guten Gegenvorschlag zur ersten Bodeninitiative entwickelt, den das Initiativkomitee unterstützt hat. Dieser Gegenvorschlag wurde wie oben beschrieben im Dezember 2013 vom Grossen Rat nicht aufgenommen. Anstatt mit einer inhaltlich z.T. schon erfüllten Initiative zu einer Volksabstimmung zu gehen, hat das Initiativkomitee die erste Bodeninitiative Anfang 2014 zurückgezogen und legt den regierungsrätlichen Gegenvorschlag als Neue Bodeninitiative vor. Der Schutz unseres Tafelsilbers muss gesetzlich verankert werden!

Um was geht es beim Boden?

Hans Bernoulli (1876–1958) brachte es gut auf den Punkt: «Ihr kauft und verkauft das Land, wie

Hosenstoff nach Ellen. Ein Fetzen da und dort ein Band, als wären's Bagatellen. Ihr handelt wie mit Speck und Kohl und Fischen und Kommoden. Und dabei geht's um ein Monopol und geht's um unsern Boden. Ihr schneidet gross und kleine Stück' mit wuchtiger Gebärde. Und dabei geht's um Menschenglück und geht's um Gottes Erde.»

Die Neue Bodeninitiative will den Boden sichern für künftige Generationen:

- Weil die Abgabe von Boden im Baurecht der Allgemeinheit auf Jahrzehnte und Jahrhunderte hinaus einen Einfluss auf die Landnutzung sichert, ohne die private Initiative zu behindern.
- Weil das Baurecht genutzt werden kann, um bestimmte Nutzungen (etwa nachhaltiges Bauen, soziale, kulturelle oder gewerbliche Aktivitäten) durch entsprechende Baurechtszinsen gezielt zu fördern.
- Weil eine auf Abgabe im Baurecht orientierte Bodenpolitik mittel- und langfristig jener, die Boden aus Kantonseigentum verkauft, finanziell deutlich überlegen ist. Auf der Basis von plausiblen Annahmen lässt sich sagen: Jeder neu im Baurecht überlassene Quadratmeter ist für den Kanton Basel-Stadt um bis zu dreissig Prozent mehr wert als ein verkaufter.
- Mit Ende der Baurechts-Laufzeit kann der Kanton im Rahmen der Gespräche über eine Verlängerung als Landeigentümer wieder Einfluss nehmen. Das Instrument des Baurechtsvertrages ergänzt so das Steuerungsinstrument der Zonenplanrevision. Beide geben einen Rahmen, innerhalb dessen sich private Initiative frei entfalten kann.

- Heute wissen wir noch nicht, wo in 100 Jahren eine Schule, eine Strasse, eine Tramlinie, eine Grünanlage gebaut werden soll. Aber wir werden in 100 Jahren die Möglichkeit haben, auf diesem Land für die Stadt neue Anforderungen umsetzen zu können.

Trägerschaft der Neuen Bodeninitiative

Die Initiative wird breit getragen, vom Dachverband der Wohnbaugenossenschaften, den Stiftungen Habitat und Edith Maryon, von Greenhattan, dem Mieterverband Basel, Hausverein NWCH, unternehmen mitte wie auch den Parteien SP, Grüne, BastA!, EVP, JUSO und junges Grünes Bündnis.

Wir sind auf jede Unterschrift angewiesen, damit die Neue Bodeninitiative rasch zur Abstimmung gebracht werden kann.

Diesem Heft liegt ein Unterschriftenbogen bei. Weitere Unterschriftenbögen und Informationen sind erhältlich via www.neue-bodeninitiative.ch respektive per Telefon unter 061 327 10 64.



Brigitta Gerber
Grossrätin Grünes Bündnis/BastA!



Klaus Hubmann
Stiftungsrat / Geschäftsführer
Stiftung Habitat



Abschied aus dem Parlament in Riehen

Die Wahlen in Riehen sind vorbei. Das Resultat ist bekannt. Wir können damit nur mit viel Zweckoptimismus bzw. in Teilbereichen zufrieden sein. Schliesslich wurde viel investiert. Viel Arbeit, einiges Geld, aber vor allem viel Enthusiasmus und Engagement. Dafür allen Beteiligten vielen Dank.

Im Nachhinein ist man immer klüger oder zumindest meint man zu wissen, was besser hätte gemacht werden müssen. Diese Erkenntnisse sind wichtig für die nächsten Wahlen. Die Kunst ist aber die soeben erbrachte Leistung nicht zu sehr zu schmälern.

Für mich waren die vergangenen vier Jahre eine lange, intensive Legislatur. Ich hatte Neuland betreten. Parlamentarische Arbeit kannte ich nicht aus eigener Er-

fahrung. In einem Punkt wurde ich immer wieder überrumpelt. Wie verschieden kann man einen Sachverhalt sehen! Oft ist es taktisches Kalkül, warum Parlamentarier eine Position vertreten, aber mindestens ebenso oft ist es wirklich eine völlig andere Sicht der Dinge. Ein Baum ist eben nicht nur einfach ein Baum, so wenig wie ein Parkplatz einfach nur ein Parkplatz ist, und Verkehrsberuhigung ist nicht partout für alle einfach etwas Gutes.

Die Parlamentarier sind in ihrer Heterogenität ein Abbild unserer Gesellschaft. Die Schritte, die in unserem Sinn möglich waren, sind klein gewesen. Sie waren aber wichtig. Riehen wäre nicht mehr ganz so grün, wenn unsere Arbeit nicht stattgefunden hätte.

Die Arbeit in der Fraktion war im-

mer geprägt von Offenheit. Die Arbeit als Fraktion geht aber leider nun zu Ende. Das wird für unsere zwei verbleibenden Vertreter eine grosse Herausforderung. Marianne Hazenkamp und Andreas Tereh werden mehr Arbeit auf weniger Schultern verrichten müssen, und die Schritte werden nicht grösser werden. Grüne parlamentarische Arbeit ist nur leistbar, mit einer starken Überzeugung. Darum meine Bitte an die Grüne Partei, ihre Mitglieder und Sympathisanten: Tragt den Leuten Sorge, die für uns politische Ämter ausfüllen, unterstützt sie, kritisiert sie und lasst sie nicht allein.



Thomas Mühlemann
Alt Einwohnerrat
Grüne Riehen

Infomarkt und Varia

Interna

Jahresversammlung vom 8. April

An der gut besuchten Jahresversammlung im Unternehmen Mitte, 1. Stock, wurden das Co-Präsidium mit Elisabeth Ackermann und Mirjam Ballmer sowie der Vizepräsident Harald Friedl bestätigt. Der Kassier Pascal Biedermann wurde einstimmig für ein Jahr wiedergewählt, wir müssen aber für 2015 eine neue Person suchen. Als Revisor/innen amten wiederum Antoinette Gelzer und Philipp Schaub. Aus dem Vorstand zurückgetreten sind Pascal Biedermann, Claudius Gelzer Anina Ineichen (jgb), Verena Lenz sowie Laura Schwab (jgb). Euch allen herzlichen Dank für euer Engagement. Neu in den Vorstand gewählt wurden Lucio Giugni und Barbara Wegmann. Vom jgb sind neu Eva Strub und Raffaella Hanner im Vorstand vertreten.

Im zweiten Teil fassten die Anwesenden die Parolen für die Abstimmungen vom 8. Mai und Miriam Behrens stellte die nationale grüne Initiative für nachhaltig produzierte Lebensmittel vor (Lebensmittel-Initiative).

Parolen

Nationale Abstimmungen vom 18. Mai 2014:

NEIN zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Gripen-Fondsgesetz)

JA zur Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)»

NEIN zur Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»

JA zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»)

Regierungsratswahlen vom 18. Mai 2014

Stimmfreigabe für Martina Bernasconi und Lukas Engelberger.

Alle Infos und Veranstaltungen auf:
www.gruene-bs.ch

Parolen

Kantonale Abstimmungen vom 18. Mai 2014

JA zum Grossratsbeschluss betreffend «Verkehrsdrehscheibe Badischer Bahnhof – Tram Erlenmatt und Vorplatz Badischer Bahnhof»

JA zur kantonalen Volksinitiative betreffend «Grossbasler Rheinferweg jetzt!»

Die Parolen der kantonalen Abstimmungen und Wahlen wurden an der Jahresversammlung der Grünen am 8. April gefasst.

Beiträge zu Abstimmungsvorlagen findet ihr auf den Seiten 7–9.

Agenda

Frühlingsfest

23. Mai 2014, 19 Uhr
Schleifferei, Basel

SP und Grüne laden am 23. Mai zum gemeinsamen Frühlingsfest. Weitere Infos folgen per Mail und auf unserer Website.

Kontaktformular der Grünen Partei Basel-Stadt

- o **Ich will Mitglied werden!** Jahresbeitrag 170.– (Reduktion für Erwerbslose)
- o **Ich interessiere mich für die Grüne Partei!** Bitte nehmt mit mir Kontakt auf
- o **Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer!** Fr. 25.–

Name, Vorname:

Strasse: Plz./Ort:

E-Mail: Tel.:

Einsenden an: **Grüne Basel-Stadt, Güterstrasse 83, Postfach 1442, 4001 Basel**
E-Mail: sekretariat@gruene-bs.ch

Konto: **PC 40-19338-4**
Website: www.gruene-bs.ch

